



Medienmitteilung des Schweizerischen Bauernverbandes vom 7. September 2006

Einkommenssituation bei der Agrarpolitik 2011 berücksichtigen

Die Einkommen in der Landwirtschaft sind im vergangenen Jahr stark gesunken. Der Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft ist um 7.5% auf 36'700 Franken zurückgegangen. Tiefere Preise für Agrargüter und höhere Kosten sind dafür verantwortlich. In der laufenden Diskussion um das Reformpaket der AP 2011 muss die unbefriedigende Einkommenssituation berücksichtigt werden. Die Landwirtschaft kann keine weitere Reformetappe akzeptieren, die den Druck auf die Produzentenpreise weiter massiv erhöht ohne bei den Produktionskosten Entlastung zu bringen.

Die definitiven Ergebnisse der Auswertung von Buchhaltungsdaten der Forschungsanstalt Agroscope ART zeigen, dass die Einkommen in der Landwirtschaft im vergangenen Jahr stark zurückgegangen sind. Der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst je Familienarbeitskraft lag mit 36'700 Fr. deutlich tiefer als im Vorjahr. Mit -11% sanken die Einkommen im Talgebiet besonders stark. Die Schere zwischen den Einkommen in der Landwirtschaft und jenen in der übrigen Wirtschaft öffnet sich damit weiter. Der Arbeitsverdienst der Familienarbeitskräfte betrug im Jahr 2005 gerade die Hälfte der in den anderen Wirtschaftszweigen erzielten Einkommen. Die negative Entwicklung der Einkommen in der Landwirtschaft ist auf tiefere Preise für Landwirtschaftsprodukte und höhere Kosten zurückzuführen. Der Trend der steigenden Kosten für die landwirtschaftlichen Vorleistungen hielt auch im Jahr 2005 an.

Das Parlament muss in der Diskussion um die AP 2011 die schwierige Einkommenssituation in der Landwirtschaft berücksichtigen. Der Bundesrat sieht in seiner Botschaft zur AP 2011 vor allem Massnahmen vor, die eine weitere Senkung der Produzentenpreise zur Folge haben. Zur Drosselung der Produktionskosten sind jedoch keine wirkungsvollen Massnahmen vorgesehen. Im Gegenteil: der Bundesrat schlägt gar Massnahmen mit kostentreibendem Effekt vor. Die Landwirtschaft verkraftet keine derart unausgeglichene Agrarreform. Das Tempo der Agrarreform ist auf ein vertretbares Mass zu reduzieren. Aus Sicht des SBV besteht bei der AP 2011 Korrekturbedarf beim Zahlungsrahmen, beim Tempo der Umlagerung der Marktstützung, bei den Kostensenkungsmassnahmen und beim bäuerlichen Bodenrecht.

In Anbetracht der sehr schlechten Einkommenssituation in der Landwirtschaft erwartet der SBV, dass das Parlament seine Verantwortung wahr nimmt und in der AP 2011 die notwendigen Korrekturen vornimmt.

Rückfragen:

Jacques Bourgeois, Direktor SBV, Tel. 031 385 36 40, Mobile 079 219 32 33

Martin Rufer, stv. Leiter Dep. Wirtschaft und Politik, Tel. 056 452 52 17, Mobile 078 803 45 54

Sandra Helfenstein, Mediensprecherin, Tel. 056 462 52 21, Mobile 079 826 89 75

www.sbv-usp.ch